

Einige Stichpunkte zum Krieg in Afghanistan:

OEF (Operation Enduring Freedom): Völkerrechtswidriger Angriff der USA und anderer Staaten auf Afghanistan, operieren vorwiegend im Süden und Osten Afghanistans. Die Bundeswehr ist mit ihrer Elitetruppe KSK (Kommando Spezialkräfte) seit 2001 Teil von OEF und operiert in geheimer Mission.

ISAF (International Security Assistance Force): Von UNO später beschlossener Einsatz. Heute unter NATO-Kommando. Offizielle Aufgaben von ISAF: Sicherung des Wiederaufbaus, Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte, Stabilisierung des Landes.

Keine Trennung beider militärischer Einsätze: Der OEF-Kommandeur ist gleichzeitig stellvertretender ISAF-Kommandeur, deutsche Tornados (ISAF zugeordnet) fliegen einen großen Teil ihrer Einsätze über Ost- und Südafghanistan und versorgen auch OEF mit Aufklärungsmaterial.

Eskalation statt Befriedung: Permanente Aufstockung der ISAF-Soldaten auf heute 31.000 (davon 3000 aus Deutschland), im März 2007 Verlegung von Tornado-Flugzeugen der Bundeswehr nach Afghanistan. Opfer unter Zivilisten steigen. In der ersten Hälfte 2007 bereits fast so viele Opfer wie im gesamten Vorjahr.

Karsai: Von der UNO 2001 eingesetzt, später gewählter Präsident Afghanistans. Langjähriger führender Berater des US-Ölkonzerns UNOCAL. Seine Regierung stützt sich auf Drogenbarone und Kriegsverbrecher.

Kosten des Krieges: Für deutsche Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bis jetzt bereits rund 2 Milliarden € und lediglich 600 Millionen € für zivile Zwecke. Die Verlängerung des Afghanistanmandates sowie andere Auslandseinsätze der Bundeswehr, die Beschaffung neuer Waffensysteme führen zur Steigerung der Militärausgaben, was mit einem weiteren Sozialabbau einhergehen wird.

Bilanz nach 6 Jahren: Einsatz ohne Erfolg. Höchste Kindersterblichkeit der Welt, ein Drittel der Bevölkerung hungert, keine Verbesserung der Lage der Frauen, 1,3 Millionen Afghanen auf der Flucht, stetig wachsende Gewalt und Terror. Zahlreiche Hilfsorganisationen haben das Land verlassen.

F Lüdenscheid Friedensgruppe



FRIEDEN FÜR AFGHANISTAN. BUNDESWEHR RAUS.

Frieden für Afghanistan - Keine Verlängerung der Bundeswehreinsätze!

„... dann gibt es nur eins: Sag NEIN!“

(Wolfgang Borchert, 1947)

Im September und Oktober steht die Fortsetzung der Beteiligung der Bundeswehr an dem NATO-Krieg “Operation Enduring Freedom” und dem UN-mandatierten ISAF-Einsatz auf der Tagesordnung im Bundestag. Erneut steht die Entscheidung Krieg oder Frieden an. Aus diesem Anlass bekräftigen wir unser entschiedenes NEIN zum Krieg.

Die proklamierten Ziele der Militäreinsätze - Terrorismusbekämpfung sowie Demokratisierung und Wiederaufbau - sind nicht erreicht. Im Gegenteil: Die Lage im Land verschlechtert sich zusehends und in Afghanistan selbst, in Deutschland und weltweit wird der Krieg aus guten Gründen mehrheitlich abgelehnt. Mit dem 2001 von der US-Regierung begonnenen völkerrechtswidrigen “Krieg gegen den Terror” sollen die Einfluss-Sphären der USA und ihrer Verbündeten im Nahen - und Mittleren Osten erweitert werden. Eine Politik zur militärischen Absicherung ökonomischer und geostrategischer Interessen lehnen wir ab. Sie kann nicht zum Frieden führen.

Afghanistan ist heute von demokratischen Verhältnissen weit entfernt. In den meisten Regionen herrschen Warlords und Drogenbarone; Gewalt, Terror und Drogenhandel beherrschen den Alltag. Die Bevölkerung, die immer häufiger Zielscheibe der Angriffe ist, lebt in ständiger Angst und unter unwürdigen sozialen Bedingungen. Durch den Tornado-Einsatz wurde die - seit Anbeginn betriebene - deutsche Kriegs-beteiligung ausgeweitet und die Verquickung von OEF und ISAF fortgeführt. Deutschland beteiligt sich damit an der militärischen Eskalation und nimmt den Tod vieler weiterer Menschen, auch deutscher Soldaten, in Kauf. An Stelle der von wirtschaftlichen Interessen geleiteten militärischen Machtpolitik müssen Abrüstung, zivile Konfliktregulierung und diplomatische Verhandlungen treten. Nur so können die gewaltigen Probleme gelöst werden.

Der zivile Wiederaufbau in Afghanistan sowie eine humane Entwicklung können überhaupt erst gelingen, wenn der Krieg beendet ist. Was Afghanistan braucht, ist Frieden als Voraussetzung für eine souveräne Demokratie. Die Kriegsschäden müssen durch die Krieg führenden Staaten beseitigt, alle Truppen müssen abgezogen und die somit frei werdenden Mittel für humanitäre Arbeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen genutzt werden. Seit 2002 wurden in Afghanistan 85 Mrd. Dollar für Militärmaßnahmen, dagegen nur 7,5 Mrd. Dollar für den zivilen Wiederaufbau eingesetzt.

Die Beendigung der Bundeswehreinsätze kann ein erster Schritt zum Frieden sein. Das würde auch die Bush-Administration unter Druck setzen, die US-Truppen ebenfalls zurückzuziehen.

Wir fordern die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, einer Mandatsverlängerung nicht zuzustimmen!

***Der Krieg ist ein Massaker von Leuten, die sich nicht kennen,
zum Nutzen von Leuten, die sich kennen, aber nicht massakrieren.***

(Paul Valéry)

Wir geben mit unserer Mahnwache der bundesweiten Großdemonstration und ihren Zielen ein Gesicht vor Ort!

Die Großdemonstration am heutigen Samstag, den 15.09.2007 ab 12 Uhr in Berlin wird von über 200 Friedensgruppen, Parteiorganisationen und Initiativen unterstützt. Die Liste aller Unterstützer, diesen Text und weitere Informationen finden Sie auf www.bundeswehr-raus-aus-afghanistan.de oder unter www.afghanistandemo.de.

Laut Infratest vom 2.8.2007 lehnen 64 % der Deutschen den Einsatz in Afghanistan ab.